



Am 22. September:

**Kein Kurzschluss
bei unserer
Stromversorgung.**

**Nein
zum Elektrizitäts-
marktgesetz (EMG).**

www.emg-nein-danke.ch

Komitee gegen das Elektrizitätsmarktgesetz, info@emg-nein-danke.ch

«Der freie Strommarkt ist nicht in der Lage, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.»

Überlegt genau, was bei einem bestehenden System wirklich schlecht läuft, bevor ihr dieses auf den Kopf stellt.»

S. David Freeman

Leiter der State Power Authority in Kalifornien

Ein einziges Chaos in der Stromversorgung? Nein danke!

Mit dem Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) wollen Bundesrat und Parlament nach Post und Telekommunikation einen weiteren Bereich des Service public deregulieren und dem Markt aussetzen. Hauptziele dieses neuen Streiches: Strom vor allem für Grossverbraucher aus der Industrie billiger machen. Und die Versorgungsmonopole der öffentlichen Hand brechen, obwohl sie bis heute bestens funktioniert haben.

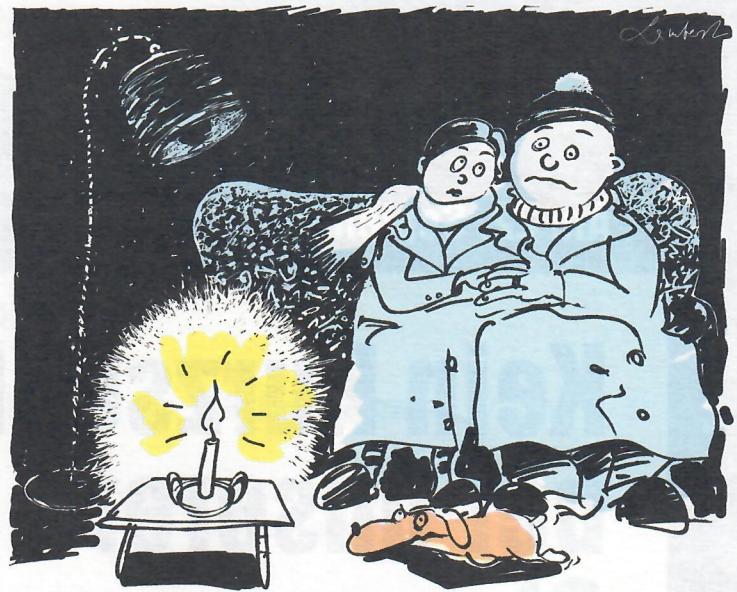
Wie die geplante Deregulierung in ein Stromchaos führen kann, zeigt die Riesenpleite von Enron in den USA. Dort brachten Marktgesetze in der Stromversorgung vor allem Spekulation, Preisexplosionen und Abbau der Versorgungssicherheit mit sich. Aber auch in der Schweiz müssten wir uns in Zukunft durch einen Tarifdschungel kämpfen und uns für einen Stromanbieter entscheiden, ohne davon einen Nutzen zu haben: Alle Erfahrungen in liberalisierten Märkten beweisen, dass gerade für Haushalte und kleine Betriebe zwei bis drei Jahre nach Einführung von Marktgesetzen der Strom teurer wird. Der Markt bringt uns also nur höhere, unsichere Preise und einen schlechteren Service. Sollen wir dafür das bewährte, unserem Land angemessene System opfern? Niemals. Darum sagen wir am 22. September klar Nein zum EMG.

Regelmässige Stromausfälle? Nein danke!

Der Markt kann die Versorgungssicherheit mit Strom nicht gewährleisten. Denn für eine sichere Versorgung mit Elektrizität braucht es in der Produktion und im Verteilnetz jederzeit Reserven. Da

diese in einem offenen Strommarkt als ineffizient gelten, würden Produktionsanlagen abgeschaltet, Personal entlassen, der Unterhalt des Netzes und die Sicherheit der Anlagen, auch bei Atomkraftwerken, vernachlässigt. So kämen Unternehmen zu vielen Vorteilen – zu Lasten der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Angestellten in der Strombranche.

Das EMG würde in der Schweizer Elektrizitätswirtschaft 6000 Arbeitsplätze kosten. Die Folgen eines massiven Stellenabbaus waren im Winter 2001 in Schweden zu beobachten. Dort führten starke Schneefälle zum Zusammenbruch der Netze. Ganze Regionen versanken im Dunkel des arktischen Winters, weil überall Leute für die Reparaturen fehlten.



Im Vergleich mit Ländern, die ihre Stromversorgung der Profitgier grosser Stromkonzerne ausgesetzt haben, kennt die Schweiz nur selten und meist lokal begrenzte Stromausfälle. In Kalifornien hingegen verursachten Marktmanipulationen zwischen Mai 2000 und Mai 2001 sieben grossflächige Stromunterbrüche. Seither musste der Staat Kalifornien 50 Milliarden Dollar Steuergelder ausgeben, um die Lage zu stabilisieren und wieder eine sichere Stromversorgung zu garantieren.

Haushalte und kleinere Betriebe abzocken? Nein danke!

Die Öffnung des Strommarkts führt zu Privatisierungen: Kleine Elektrizitätswerke in Gemeindebesitz werden von grossen Konzernen gefressen, die Kontrolle durch die öffentliche Hand mittelfristig abgeschafft und die heutigen Versorgungsmonopole durch die Marktmacht weniger ausländischer Atom-



und Kohlestromgiganten abgelöst. Kleinkunden wie Haushalte und KMUs werden die Zeche bezahlen und fürs Stromsparen bestraft, Grosskunden dagegen mit Sonderrabatten geködert.

Die Entwicklung verläuft in allen liberalisierten Märkten gleich. Nach anfänglichen Preissenkungen ziehen die Tarife stark an, in Finnland letztes Jahr um 25%, in Schweden um 20%, in Grossbritannien um 9,3% und in Deutschland um 8,6%. Sparsame Kleinbezügler zahlen in Norwegen exorbitante 54 Rappen pro Kilowattstunde! Im Vergleich dazu zahlt heute ein Kleinkonsument in der Schweiz im Durchschnitt gut 16 Rappen.

Unsere Wasserkraftwerke in Spekulantenhands? Nein danke!

Das Wasserschloss Schweiz wird im geöffneten Strommarkt heiss umworben sein. Die Speicherkraftwerke in den Alpen können die europäischen Verbrauchsspitzen abdecken und dadurch ihren Strom sehr teuer verkaufen. Die Strommultis wer-



den darum alles versuchen, sich diese Unternehmen unter den Nagel zu reissen. Schon letztes Jahr ging das Stromgeschäft der Lonza im Wallis für sagenhafte 700 Millionen Franken ans Ausland. Verhindern wir den Ausverkauf der Schweizer Wasserkraftwerke! Sind sie nämlich einmal in der Hand der Stromkonzerne, geraten bald die Wasserzinsen und die Restwassermengen unter Druck, zum finanziellen Nachteil von Gebirgsgemeinden und -kantonen.

Ist die Strommarktöffnung unaufhaltsam? Nein!

Die Befürworter des EMG behaupten immer und immer wieder, die Liberalisierung komme so oder so, auch wenn das EMG abgelehnt würde. Hat denn das Volk in unserem Land nicht mehr das letzte Wort? Doch: Mit einem Nein am 22. September können wir die Liberalisierung der Stromversorgung stoppen.

Der Liberalisierungszug verliert dank breiter Opposition auch in Europa an Fahrt. Die EU-Minister haben verstanden und die vollständige Öffnung des Strommarktes verschoben: Der Druck auf die Schweiz, ihrerseits die Profitmaximierung im Elektrizitätsmarkt einzuführen, nimmt dementsprechend ab.

Unsere Alternative? Ein Stromversorgungsgesetz!

Wir wollen kein EMG, das den Einfluss der öffentlichen Hand untergräbt und die Stromversorgung privaten Stromkonzernen zutreibt. Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse mit Stromgiganten wie Enron, die mit wildem Spekulantentum Milliardenwerte vernichten.

Wir wollen ein Elektrizitätsversorgungsgesetz, das eine sichere, günstige, ökologische und effiziente Stromversorgung für alle Einwohnerinnen und Einwohner gewährleistet, als Service public. Die Netze und die grossen Kraftwerke gehören in den Besitz der Öffentlichkeit. Alle Stromverteiler sollen verpflichtet werden, einen Anteil an neuen erneuerbaren Energien zu erschwinglichen Preisen anzubieten. Und Stromsparen muss mit einem klugen Tarifsysteem belohnt werden.

Wir wollen verhindern ...

... dass aus unserer intakten Stromversorgung ein wildes Spekulationsgeschäft für internationale Strommultis wird.

... dass die Sicherheit der Stromversorgung aufs Spiel gesetzt wird.

... dass Haushalte und Kleingewerbe die Zeche bezahlen müssen.

... dass unsere Schweizer Wasserkraftwerke ans Ausland verhökert werden.

... dass eine Privatisierungswelle im Strombereich unser demokratisches Mitspracherecht wegspült.

Darum sagen wir am 22. September NEIN zum Elektrizitätsmarktgesetz.

Unterstützen Sie uns!

Für Spenden: PC-Konto 87-39228-7

Komitee gegen das Elektrizitätsmarktgesetz

www.emg-nein-danke.ch, info@emg-nein-danke.ch

Brélaz Daniel, Stadtpräsident Lausanne / Grüne Partei
Daguet André, Vizepräsident SMUV
Decarro Eric, Präsident vpod
Gaillard Serge, geschäftsführender Sekretär SGB
Garbani Valérie, SP-Nationalrätin (NE)
Goll Christine, SPS-Vizepräsidentin / SP-Nationalrätin (ZH)
Maillard Pierre-Yves, SP-Nationalrat (VD)
Moor Beda, Geschäftsleitung SMUV
Pestoni Graziano, vpod-Sekretär / SP-Kantonsrat (TI)
Pronzini Matteo, GBI-Sekretär / BFS (TI)
Rechsteiner Paul, Präsident SGB / SP-Nationalrat (SG)
Rennwald Jean-Claude, Geschäftsleitung SMUV / SP-Nationalrat (JU)

Scherr Niklaus, Gemeinderat Alternative Liste (ZH)
Schiavi Rita, Geschäftsleitung GBI / BastA (BS)
Schüepp Doris, Generalsekretärin vpod
Serra Jorge, vpod-Sekretär / SP-Gemeinderat Winterthur
Spielmann Jean, SEV-Sekretär / PdA-Nationalrat (GE)
Streckeisen Peter, attac
Thanei Anita, SP-Nationalrätin (ZH)
van Singer Christian, Kantonsrat (VD) / Grüne Partei
Vanek Pierre, Kantonsrat (GE) / Sekretär SolidaritéS
Zimmermann Rolf, geschäftsführender Sekretär SGB

Für Auskünfte:



Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste
Sonnenbergstr. 83, Postfach, 8030 Zürich
Telefon: 01 266 52 52; Fax: 01 266 52 53; E-Mail: vpod@vpod-ssp.ch